

Termine:

**Wiedergutmachungsamt**  
beim Landgericht Hamburg

**Rückerstattungssache**

Erben nach Hans Freitag

(Gutachten?) Walter Freitag

Antragsteller

Bevollmächtigter:

URO-Hannover  
Klagesmarkt 10/11

00/F/12

Vollmacht: Blatt

23/10/14 d. A.

Erbschein: Blatt

14 d. A. nach Hans Freitag

gegen

**Deutsches Reich**

— Oberfinanzdirektion Hamburg —

Az.:

F 597-1171-BV43/431

Antragsgegner

Betr. Rückerstattung:

Umsatzgut

Entscheidungen: Blatt

Genehmigung

Wertfestsetzung: Blatt

Weggelegt 19

— Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

**Z 27709**

25995

**Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg**

11,  
(24a) Hamburg ~~30~~ den 16. April 1962 BU  
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Zippelhaus 5

Geschäfts-Nr. **Z 27 709**

Fernsprecher ~~XXXXXX~~ 36 11 21/831  
Behördennetz ~~XXXXXX~~ 31/831

Bitte bei allen Schreiben angeben!

**Beschluß**

In der Rückerstattungssache

1. **Walter Freitag,**
2. **Leonore Freitag,**  
beide wohnhaft: 7, Skeridan Crescent, Upper Matt,  
Neuseeland,  
- als Erben nach ihrem Vater **Hans Freitag** -

Antragsteller,

Bevollmächtigte

~~Zustellungsbevollmächtigter~~

**United Restitution Organization,  
Hannover, Klagesmarkt 10/11, - OC/F/12 -**

gegen

das Deutsche Reich.

gesetzlich vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Verfahrensvertreterin Oberfinanzdirektion, Hamburg,  
Hamburg 13, Harvestehuder Weg 14,

Aktenzeichen: **- F 597 - UA 1 - BV 43/431 -**

Antragsgegner,

ist eine gütliche Einigung über

**U m z u g s g u t**

nicht zustande gekommen.

Das Wiedergutmachungsamt verweist deshalb die Sache an die  
Wiedergutmachungskammer — Landgericht Hamburg (Art. 55 REG).

Vermerk f.d. Kammer:

**Dr. Meyer-Stapelfeld  
Landgerichtsrat**

Vollmachten Bl. 23 u. 24 d.A. Für die richtige Ausfertigung:  
Erbschein Bl. 14 d.A.

*St. Hans*  
**Justizangestellter  
als Urkundsbeamter d. Geschäftsstelle.**

Gemeinsames Prüfungsamt?

Ja / nein

Falls ja: P / K / V

Unterschrift

10. Sep. 1963

Termin:

7.6.63, 12<sup>h</sup> Don

3.9.63 10<sup>h</sup>4

# Landgericht Hamburg

## Wiedergutmachungskammer

2

### Rückerstattungssache

1) Walter Freitag,  
2) Leonore Freitag  
als Erben nach ihrem Vater Hans Freitag

Berechtigte

Bevollmächtigte: United Restituzion Organization,  
Hannover, Klagesmarkt 10/11 - O C/F/12 -

Vollmacht Bl. 23, 24

gegen

D t . R e i c h - O F D . -  
- F 597 - UA 1 - EV 43/431 -

Rückerstattungs-  
pflichtige

Bevollmächtigte:

Vollmacht Bl.

Betr. Rückerstattung: Umzugsgut

Wertfestsetzung Bl.

489  
2 WiK 489/63

Weggelegt: 1963

- Aufzubewahren: - bis einschl. 1993

1 WiK 13062

dauernd -

Berlin, den 25.8.1959 Bo.

Kartei/ 5.10.1959

Reg Nr. G/10 523/F

62 WGA 17 112/59

Betr.: Zuleitung eines Rückerstattungsanspruches gemäß Art 53  
des Rückerstattungsgesetzes vom 26. Juli 1949 - BK/O (49) 180  
und gemäß Bundesrückerstattungsgesetz.

- 1) Antragsteller bzw. Berechtigter auf Grund des Anspruches  
vom: 1.4.1959 (Trh. 1.4.1959)

Walter Freitag,

Bevollm.: URO - R 7140/E - Berlin-Wilmersdorf  
Helmstedter Str. 5

- 2) Derzeitiger Eigentümer oder Besitzhalter des Vermögens:  
D e u t s c h e s   K e i c h

- 3) Beanspruchtes Vermögen:

- Entziehung eines Lifts bei einem Spediteur in Hamburg -

Geschädigte:

Bemerkungen:

Aktenzeichen der Entschädigungsakte Reg.Nr. \_\_\_\_\_

Aktenzeichen der OFP-Akte: \_\_\_\_\_

von Berlin

Alte Jakobstraße 148-155

Tel.: 61 0341 - App.

Akt.Z.: 621091 17 112/59

An

*Schreiben*

30. Sep. 1959

**UNITED RESTITUTION ORGANIZATION**  
BERLIN REGIONAL OFFICE  
BERLIN-WILMERSDORF, HELMSTEDTER STRASSE 5 · TEL.-NR. 87 04 11  
TELEGRAMM-ADRESSE: UROCLAIMS BERLIN

SPRECHSTUNDEN:

MONTAG, MITTWOCH, DONNERSTAG  
15 - 17 UHR

R 7140 / E

Berlin, den 1. April 1959  
Br/mü.

An den  
Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen  
Berlin W 30

Betr.: Rückerstattungssache Walter F r e i  
Reg.Nr.: G / 10 414

- 1. APR. 1959

Wir melden noch folgenden Anspruch nach:

Lift, enthaltend insbes. Mobiliar bei einem Spediteur in Hamburg.

Weitere Einzelheiten werden nachgereicht.

Wiedergutmachungsamt  
von Berlin

25. AUG. 1959

62/17112/59

ASt. benachr.  
24. 11. 59. HS.

URO - Berlin

i.A. *Mönnich*

00320

Soweit es sich um Gegenstände handelt, die im heutigen Ostsektor von Berlin entzogen worden sind, ist außerdem der Nachweis erforderlich, daß die Wohnsitzvoraussetzungen des Art. 27 Abs. 3 REAO in der Person des Geschädigten - der Geschädigten oder des Antragstellers - der Antragstellerin gegeben sind. Diese liegen dann vor, wenn der - die Geschädigten oder dessen - deren Rechtsnachfolger zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 30.1.1933 und dem 8.5.1945 in West-Berlin oder West-Deutschland ihren Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre geschäftliche Hauptniederlassung gehabt haben.

*Sofern die Entziehung in Hamburg erfolgt ist, stellen Sie bitte den Antrag auf Verweisung nach Hamburg.*

Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

Berlin SW 61, den  
Alte Jakobstraße 148-155  
Tel.: 61 0341 - App.

Akt.Z.: 621094 17 112/59

An

*Polweiben*

*WRO*

Betr.: Rückerstattungssache  
./. Deutsches Reich

*Walter Freitag*

*Wegen der Entziehung eines Liftes  
bei einem Spediteur in Hamburg.*

In obigen (m) Verfahren wird um nähere Begründung des (der) Anspruchs (Ansprüche) und den Nachweis der ungerechtfertigten Entziehung gebeten. Dieser Nachweis kann u.a. durch Bankauskünfte, Ablieferungsquittungen oder Versicherungen unter Eid, die zweckmäßigerweise in öffentlich beglaubigter Form abzugeben sind, geführt werden. Sämtliche Schriftstücke sind in doppelter Ausfertigung zu den einzelnen Verfahren einzureichen.

Bei Gebrauchsgegenständen (Möbel, Kleidung, elektrische Geräte, etc.) bedarf es der Angabe von Anschaffungsjahr und -preis.

Falls Ersatz für Gegenstände beansprucht wird, die außerhalb des Gebietes der heutigen Bundesrepublik Deutschlands oder Berlins entzogen worden sind, ist der Nachweis notwendig, daß diese Gegenstände nach der Entziehung in "feststellbarer Form" in dieses Gebiet gelangt sind.

Sie wollen ferner nachweisen, daß Sie - ~~der Antragsteller~~ - ~~die Antragstellerin~~ - der Geschädigte - ~~die Geschädigten~~ - zu den aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen verfolgten Personen gehört - gehören.

Soweit es sich um Gegenstände handelt, die im heutigen Ostsektor von Berlin entzogen worden sind, ist außerdem der Nachweis erforderlich, daß die Wohnsitzvoraussetzungen des Art. 27 Abs. 3 REAO in der Person des Geschädigten - der Geschädigten oder des Antragstellers - der Antragstellerin gegeben sind. Diese liegen dann vor, wenn der - die Geschädigten oder dessen - deren Rechtsnachfolger zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 30.1.1933 und dem 8.5.1945 in West-Berlin oder West-Deutschland ihren Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre geschäftliche Hauptniederlassung gehabt haben.

*Wenn die Entziehung in Hamburg erfolgt ist, stellen Sie bitte den Antrag auf Verweisung nach Hamburg.*

Sie

Sie wollen ferner Ihre Vollmacht einreichen ~~und die Anspruchsberechtigung~~  
~~des Antragstellers der Antragstellerin durch Vorlage eines Erbscheines~~  
~~nach~~

Bitte geben Sie die genaue Anschrift  
des Antragstellers an.

~~Nachweisen.~~

Für das Verfahren  
beigefügt.

wird in der Anlage ein Merkblatt

Im übrigen wollen Sie bitte mitteilen, ob Sie außer der vorliegenden  
Anmeldung denselben Anspruch über eine Organisation, Stiftung oder  
einen Bevollmächtigten anderweit angemeldet haben. Bejahendenfalls  
wird um Mitteilung gebeten, wer die Anmeldung vorgenommen hat und wie  
das Aktenzeichen lautet.

✓ 2) Vorblatt

✓ 3) 3 Monate

5.9.

5.6.61 *gf*

gef. zu 1) ab 27.6.61  
" zu 2)

*helm*

Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

62 WGA 17 112/59

Akt.Z.:  
-----

Berlin SW 61, den 5.6.1961

Alte Jakobstraße 148 - 155

Tel.: 61 03 41- App.: 68 No.

An die URO  
- R 7140/E -

Berlin-Milnersdorf

Betr.: Rückerstattungssache Walter Freitag

./.. Deutsches Reich

- wegen der Entziehung eines Lifts bei einem Spediteur in Hamburg

In obigen (m) Verfahren wird um nähere Begründung des (der) Anspruchs (Ansprüche) und den Nachweis der ungerechtfertigten Entziehung gebeten. Dieser Nachweis kann u.a. durch Bankauskünfte, Ablieferungsquittungen oder Versicherungen unter Eid, die zweckmäßigerweise in öffentlich beglaubigter Form abzugeben sind, geführt werden. Sämtliche Schriftstücke sind in doppelter Ausfertigung zu den einzelnen Verfahren einzureichen.

Bei Gebrauchsgegenständen (Möbel, Kleidung, elektrische Geräte, etc.) bedarf es der Angabe von Anschaffungsjahr und -preis).

Falls Ersatz für Gegenstände beansprucht wird, die außerhalb des Gebietes der heutigen Bundesrepublik Deutschlands oder Berlins entzogen worden sind, ist der Nachweis notwendig, daß diese Gegenstände nach der Entziehung in "feststellbarer Form" in dieses Gebiet gelangt sind.

Sie wollen ferner nachweisen, daß Sie - der Antragsteller - die Antragstellerin - der Geschädigte - die Geschädigten - zu den aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen verfolgten Personen gehört - gehören.

Soweit es sich um Gegenstände handelt, die im heutigen Ostsektor von Berlin entzogen worden sind, ist außerdem der Nachweis erforderlich, daß die Wohnsitzvoraussetzungen des Art. 27 Abs. 3 REAO in der Person des Geschädigten - der Geschädigten oder des Antragstellers - der Antragstellerin gegeben sind. Diese liegen dann vor, wenn der - die Geschädigten oder dessen - deren Rechtsnachfolger zu irgend einem Zeitpunkt zwischen dem 30.1.1933 und dem 8.5.1945 in West-Berlin oder West-Deutschland ihren Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre geschäftliche Hauptniederlassung gehabt haben.

Sofern die Entziehung in Hamburg erfolgt ist, stellen Sie bitte den Antrag auf Verweisung nach Hamburg.

Sie wollen ferner Ihre Vollmacht einreichen und die Anspruchsbe-  
rechtigung des Antragstellers der Antragstellerin durch Vorlage  
eines Erbscheines nach

Bitte geben Sie die genaue Anschrift des Antragstellers an.

nachweisen.

Für das Verfahren  
blatt beigefügt.

wird in der Anlage ein Merk

Im übrigen wollen Sie bitte mitteilen, ob Sie außer der vorliegenden  
Anmeldung denselben Anspruch über eine Organisation, Stiftung oder  
einen Bevollmächtigten anderweit angemeldet haben. Bejahendenfalls  
wird um Mitteilung gebeten, wer die Anmeldung vorgenommen hat und  
wie das Aktenzeichen lautet.

gez. Scherbius

Beglaubigt:

Verw. Angestellte

✓ 4 Schreiben an WBO  
In pp wird dringend an die  
Freilegung der Pfg vom 5.6.61 erinnert.  
Wird der Verweisungsauftrag gestellt?

23 Monate

8.9.61/gf

8.12/

zur pp. nat

Reduzierung 13. / 9.61

Verfügung

Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

Berlin SW 61, den 3. Oktober 1961/WS  
Alte Jakobstraße 148-155  
Tel.: 61 0341 - App.68

Akt.Z.: 62 WGA 17 112/59

Reg.Nr.: G/10 523/F

b e s c h l u ß

In dem Rückerstattungsverfahren

des Walter F r e i t a g ,

Antragstellers,

Verfahrensbevollmächtigter: URO - United Restitution Organization  
Berlin-Wilmersdorf, Helmstedter Str.5  
- R 7140/E -

g e g e n

das Deutsche Reich,  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn,  
dieser vertreten durch den Senator für Finanzen,  
Sondervermögens- und Bauverwaltung, -Fin III  
Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstraße 87,

Antragsgegner,

hat das Wiedergutmachungsamt 62  
durch den Richter Scherbuis  
beschlossen:

- 1.) Der Antrag wird über den Haupttreuhänder für Rückerstattungs-  
vermögen und das zuständige Zentralmeldeamt an die für Hamburg  
zuständigen Wiedergutmachungsbehörden verwiesen.
- 2.) Das Verfahren ist gebührenfrei.
- 3.) Eine Erstattung außergerichtlicher Kosten findet nicht statt.

Gründe

## G r ü n d e

Mit der am 1. April 1959 bei dem Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen eingegangenen Anmeldung begehrt der Antragsteller die Rückerstattung eines Liftes, der bei einem Spediteur in Hamburg gelagert haben soll und ihm aus diskriminierenden Gründen entzogen worden sein soll.

Auf seinen Antrag war das Verfahren an die für Hamburg zuständigen Wiedergutmachungsbehörden zu verweisen. Ein Anknüpfungspunkt für die örtliche Zuständigkeit bei den Wiedergutmachungsämtern von Berlin ist nicht ersichtlich; da das Umzugsgut in Hamburg belegen war, sind vielmehr die für Hamburg zuständigen Wiedergutmachungsbehörden zur Entscheidung berufen.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 65 REAO.

Gegen die Entscheidung kann jeder Beteiligte binnen eines Monats, bei Wohnsitz im Ausland binnen 3 Monaten, die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer durch Einspruch bei dem Wiedergutmachungsamt anrufen. Die Frist beginnt mit der Zustellung der anzufechtenden Entscheidung.

*Scherbins*

### Verfg.

- ✓ 1.) Beschlusausfertigung zustellen an:
  - ✓ a) URO - R 7140 /E mit 2 Abschriften mit ZU,
  - ✓ b) Reserve
- ✓ 2.) 2 begl. Abschr. an Haupttr.
- ✓ 3.) Retentabschrift
- 4.) Statistik
- 5.) Urschriftlich mit Akten

Herrn Haupttreuhänder für  
Rückerstattungsvermögen

B e r l i n W 15  
Nürnberg Str. 53/55

mit der Bitte um Weiterleitung an die Zentralmeldestelle  
in Stadthagen.

Berlin SW, den 3. Oktober 1961  
Wiedergutmachungsamt 62

*Scherbins*

*sep 2 11-3/ ch*

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

Haus g 36, den 8. November 1961  
 Brekingplatz 1, Ziviljustizgebäude

Sch.

Geschäfts-Nr. Z 27 709

V e r f u g u n g

1.

In der Rückerstattungssache

Walter Freitag, ✓

Antragsteller,

Bevollmächtigter: United Restitution Organization, Hannover,  
Klagesmarkt 10/11 ✓ URO-Berlin R 7140/E ✓

gegen

das Deutsche Reich,  
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,  
Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Hamburg,  
Hamburg 13, Harvestehuderweg 14,

Antragsgegner,

wird das förmliche Rückerstattungsverfahren wegen Entziehung von

Umzugsgut - gemäss Anmeldung vom 1.4.1959 - ✓

eröffnet.

2. Der Rückerstattungsanspruch ist gem. Art. 53 Abs. 1 REG dem Antragsgegner durch Zustellung bekanntzugeben mit der Aufforderung, sich hierauf innerhalb von 2 Monaten zu erklären.

Beifügen an OFD: Akte Z 27 709 (fr. 62 WGA 17112/59) - Bl. 1 - 7 d.A. -  
mit der Bitte um Rückgabe. ✓

3. Mitteilung von Ziffer 1) und 2) an Antragsteller.  
Es handelt sich um ein von Berlin nach hier verwiesenes Verfahren,  
in dem URO-Berlin zum Az.: R 7140/E den Antragsteller vertreten hat. ✓
4. Wieder vorlegen nach Eingang, spätestens 2 Monate nach Zustellung.

Ausgefertigt am 08.  
gelesen am  
Abz. Zunt./form./ent/ (x)  
am

08. Nov. 196

↑ 3. NOV. 1961

Landgerichtsrat

Geschäfts-Nr. Z 27 709 ✓

V e r f ü g u n g

1. In der Rückerstattungssache

Walter F r e i t a g , ✓

Antragsteller,

Bevollmächtigter: United Restitution Organization, Hannover,  
Klagesmarkt 10/11 ✓ URO-Berlin R 7140/E ✓

gegen

das D e u t s c h e R e i c h ,  
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,  
Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Hamburg,  
Hamburg 13, Harvestehuderweg 14,

Antragsgegner,

wird das förmliche Rückerstattungsverfahren wegen Entziehung von

Umzugsgut - gemäss Anmeldung vom 1.4.1959 - ✓

eröffnet.

2. Der Rückerstattungsanspruch ist gem. Art. 53 Abs. 1 REG dem Antragsgegner durch Zustellung bekanntzugeben mit der Aufforderung, sich hierauf innerhalb von 2 Monaten zu erklären.

Beifügen an OFD: Akte Z 27 709 (fr. 62 WGA 17112/59) - Bl. 1 - 7 d.A. -  
mit der Bitte um Rückgabe. ✓

3. Mitteilung von Ziffer 1) und 2) an Antragsteller.  
Es handelt sich um ein von Berlin nach hier verwiesenes Verfahren, in dem URO-Berlin zum Az.: R 7140/E den Antragsteller vertreten hat. ✓
4. Wieder vorlegen nach Eingang, spätestens 2 Monate nach Zustellung.

Ausgefertigt am

08. Nov. 1961

gelesen am

5. z. Zust./formlos (x)

am

13. NOV. 1961

Landgerichtsrat

**Oberfinanzdirektion Hamburg**  
F 597 - UA 1 - BV 43/431

22  
(24a) Hamburg 13, den 29. November 1961  
Harvestehuder Weg 14  
Postfach  
Tel. 44 1291 / App. 39  
Büro: Magdalenenstr. 64 a+b

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36  
Sievekingplatz



( mit 2 begl. Durchschriften )

Anlage: Akte Az.: Z 27 709 ✓

In der Rückerstattungssache  
Z 27 709

Walter Freitag  
( URO - Hannover )

./.

Deutsches Reich  
( OFD Hamburg )

besitzt die Bundesvermögens- und Bauabteilung der Oberfinanz-  
direktion Hamburg keine Unterlagen über eine Entziehung der  
beanspruchten Vermögenswerte.

Der Antragsteller möge seinen Anspruch substantiieren und  
für sein Vorbringen Beweis antreten, insbesondere etwa noch  
vorhandene Unterlagen vorlegen.

Vorsorglich wird dem Antrag widersprochen.

Die o.a. Unterlagen werden in der Anlage zurückgegeben.

1. B. cm 111 (URO) z. Schl. 6361  
Teilen Sie bitte auch die handschriftl. Urk mit.  
2. 361

4. 12. 61

Im Auftrag

(Dr. Fischer)  
Referent

Ausgefertigt am 05. Dez. 1961  
Gelesen am  
Ab z. Zust. armlos (2)  
am 6. DEZ. 1961

11/3

Nur gültig für Wiedergutmachungszwecke.

K r b s c h e i n.

Der durch rechtskräftigen Beschluss des Amtsgerichts  
Berlin-Schöneberg vom 31. März 1952 mit Wirkung vom  
31. Januar 1943 - 24 II 156/52 - für tot erklärte  
und zuletzt in Königsberg wohnhaft gewesene  
Rechtsanwalt

Hans F r e i t a g

geboren am 19.3.1893 in Königsberg/Ostpreußen,  
wird auf Grund Gesetzes beerbt von seinen beiden  
einzigen Kindern:

(a) Walter Freitag, geb. am 15.II.1929 in Königsberg/  
Ostpreußen, wohnhaft 7 Sheridian Crescent, Upper  
Hutt/Neuseeland,

zu 1/2,

(b) Leonore Freitag, geb. am 22.5.1933 in Königsberg/  
Ostpreußen, wohnhaft ebenda,

zu 1/2, des Nachlasses.

Mainz, den 27. Februar 1961  
A m t s g e r i c h t

gez.: Steiger

Justizamtmann  
Rechtspfleger

Ausgefertigt:  
Mainz, den 22. Januar 1962



Justizangestellter  
Urakundsbeamter Geschäftsstelle.

An das  
Wiedergutmachungsamt  
H a m b u r g

zu Akz.: Z 27 709  
im Auftrage der URO Hamburg.

Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

Hamburg 11, den 31. Januar 1962  
Zippelhaus 5  
Fernsprecher: 36 11 21 App. 831

Aktenzeichen: Z 27 709

OU/F/12

United Restitution  
Organization

Hannover  
Klagesmarkt 10/11

In der Rückerstattungssache

(Erben nach ?) Walter Freitag ./. Deutsches Reich

teilt das Amt mit, dass das Amtsgericht Mainz dem Amt eine Ausfertigung des Erbscheins vom 27.2.1961 nach Hans Freitag übersandt hat. Als Erben zu je einem Halb des Nachlasses sind ausgewiesen:

- a) Walter Freitag, geb. am 15.2.1929 in Königsberg/Ostpreussen, wohnhaft 7 Sheridan Crescent, Upper Hutt/Neuseeland,
- b) Leonore Freitag, geb. am 22.5.1933 in Königsberg/Ostpreussen, wohnhaft ebenda.

Da das hiesige Verfahren für Walter Freitag durchgeführt wird und URO-Berlin in der Anmeldung vom 1.4.1959 auch lediglich Ansprüche für Walter Freitag wegen "eines Lifts, enthaltend insbesondere Mobiliar bei einem Spediteur in Hamburg" geltend gemacht hat, wird um Aufklärung gebeten.

Die Geschäftsstelle

Justizangestellte

Akten Nr. 244

7. 11. 1961, 11. 1. 1962

Handwritten signature

Handwritten signature

Handwritten signature

3. 2. 62

(Dr. W. Freitag)

Handwritten signature

Handwritten signature

Handwritten signature

Handwritten signature

11/54

13/4

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover . Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 177 33/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Please quote: OC/E/12  
Im Antwortschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 6. Februar 1962  
Gra./K.

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht

H a m b u r g



In der Rückerstattungssache

- Z 27 709 -

Walter Freitag                      gegen                      Deutsches Reich

teilen wir zur richterlichen Verfügung vom 31. Januar  
-1962 mit, daß Walter Freitag der Antragsteller ist. Es  
handelt sich um einen Erbantrag nach seinem Vater Hans  
Freitag.

Eine Abschrift aus der BRÜG-Anmeldung vom 26. Mai 1958  
fügen wir bei. Dabei sind die unter Ziffer 3, 1 bis 6 einge-  
tragenen Ansprüche fortgelassen, weil diese in Berlin  
weiter verfolgt werden. Im vorliegenden Verfahren handelt  
es sich nur um den von URO Berlin am 1. April 1959 nach-  
gemeldeten Lift.

*Ad. am AG z. Zell.* (Dr. W. Blumberg)

2. URO bitten, die Voll- i.A.: *[Signature]*  
machten der beiden

*Attk. einreichen.*  
Anlage

3. 2 M

Ausgefertigt am

Gelesen am

Ab z. Zust./formlos

am

12. Feb. 1962

13. FEB. 1962

*11651-*

*13/4*

*19. Feb. 1962*

# Anmeldung

von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich  
und gleichgestellte Rechtsträger\*)

Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter  
Rechtsträger

(Bundesrückerstattungsgesetz — BRÜG — )

vom 19. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 734)

## A. Personalangaben

### 1. Personalangaben des Antragstellers

a) Familienname  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Freitag

b) Vorname

Walter

c) jetzt wohnhaft

7 Sheridan Crescent, Upper Hutt, New Zealand

d) Geburtsdatum und Ort

15.2.1929 Königsberg/Pr.

e) Staatsangehörigkeit

Neuseeland

f) Beruf

Chemiker

g) Wohnort (ständiger Aufenthalt)  
im Zeitpunkt der Entziehung

Neuseeland

h) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Antragstellers im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945.

Berlin-Charlottenburg, Kantstrasse 149 b.Frl.Misch

i) Wohnsitz im Jahre 1948

Neuseeland

k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dergl.)

Erbfolge

a) Nach § 1 BRÜG findet das Gesetz Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das Gesetz findet ferner Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen 1. das ehem. Land Preußen, 2. das Unternehmen Reichsautobahnen, 3. die ehem. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossene Verbände und die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen, 4. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren.

## 1) Verfahrensbevollmächtigter:

Anmeldung

Vermerk: Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, ist Bestellung eines Verfahrensbevollmächtigten (hierunter ist nicht notwendig ein Anwalt, sondern lediglich eine prozeßfähige Person zu verstehen) wünschenswert, der vor den Wiedergutmachungsbehörden verbindliche Erklärungen abgeben bzw. Vergleichsverhandlungen führen kann.

## 2. Personalangaben des Geschädigten

(nur auszufüllen, wenn Antragsteller nicht personengleich mit dem Geschädigten ist)

- a) Familienname Freitag  
(bei Frauen auch Geburtsname)
- b) Vorname Hans
- c) zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 149 b.Frl.Misch
- d) Geburtsdatum und Ort 19. 3. 1893 in Königsberg/Pr.
- e) Sterbedatum und Ort Konzentrationslager Theresienstadt
- f) Staatsangehörigkeit deutsch
- g) Beruf Rechtsanwalt
- h) Verwandtschaftsverhältnis zu dem Antragsteller Vater
- i) Miterben (Name und Anschrift) Leonore Freitag, Neuseeland  
Schwester
- k) Wohnort (ständiger Aufenthalt) im Zeitpunkt der Entziehung Königsberg/Pr.  
Konzentrationslager Theresienstadt
- l) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Geschädigten oder eines Miterben im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in dem jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 149 Kantstrasse, Berlin-Charlottenburg
- m) Wohnsitz im Jahre 1948 verstorben

## 3. Beschreibung der vom Deutschen Reich oder gleichgestellten Rechtsträger entzogenen feststellbaren Vermögensgegenstände

(Falls der Platz nicht ausreicht, sind Anlagen zu verwenden)

## 1. Bankguthaben

a) Art des Kontos (Sparguthaben oder laufendes Konto)

b) Anschrift der Bank und der Depositenkasse

c) Letzter Saldo?

d) Ist Kontoauszug vorhanden?

## 2. Wertpapiere

## a) Angabe der Wertpapiere

## b) Angabe der Bank und der Depositenkasse

## c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsablieferung

III. wenn II., welche Zahlung

IV. an welcher Stelle abgeliefert

wofür ist die Ablieferung erfolgt

V. bei Reichsschatzanweisungen:

zwangsgetauscht gegen welche Wertpapiere

## d) Ist Depotauszug vorhanden?

## 3. Gold, Silber, Schmuckgegenstände

## a) abgelieferte Gegenstände:

b) Ablieferung an Pfandleihanstalt:  
Stadt/Adresse angeben

## c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsablieferung

Ist Ablieferungsquittung vorhanden

III. wenn II., welche Zahlung

## 4. Pelzwaren, Radio und sonstige elektr. oder optische Geräte

## a) Was ist abgeliefert? (Wertangabe erforderlich)

## b) Ablieferung an

## 5. Hausrat

## a) Bezeichnung der Gegenstände

## b) Ortsangabe

## 6. Lifte

## a) Inhalt des Liftes

## b) Name und Anschrift des Spediteurs oder Lagerhalters

## 7. Sonstige entzogene Vermögensgegenstände, z. B. Hypotheken, Versicherungsansprüche, Kraftfahrzeuge

a) Art des Vermögens

b) Ablieferung an

c) ob

I. ohne Entgelt eingezogen

II. Zwangsabgabe

III. wenn II., welche Zahlung

Angemeldet wird auch das entzogene, vorstehend nicht aufgeführte Vermögen, wie es sich aus den bei den Oberfinanzdirektionen, den Finanzämtern, Gerichten und den sonstigen Behörden vorhandenen Devisen- und Steuerakten und sonstigen bei den Ämtern vorhandenen Urkunden ergibt. Hierauf wird Bezug genommen und die Beiziehung dieser Akten beantragt.

## C. Sonstige rückerstattungsrechtliche Geldansprüche nach dem BRÜG, soweit sie nicht aus der Entziehung der unter B genannten Vermögensgegenstände herrühren

Entzogene Vermögenswerte wie z. B. die durch Heimeinkauf übertragenen Vermögenswerte, Rechte an Grundstücken aller Art, entzogene immaterielle Güterrechte, Patente, Marken- und Warenzeichen und sonstige Schutz- und Verlagsrechte, Nachzahlungsansprüche für entzogene Grundstücke, Anspruch auf Herausgabe des Reinertrages der Nutzung aus Miete und Pacht, entzogene Hypotheken- und Grundschuldzinsen, Lizenzgebühren für Ausnutzung von immateriellen Güterrechten und Verlags- und sonstigen Urheberrechten und Ansprüche ähnlicher Art. — Einzelheiten werden nachgereicht. —

## D. Darstellung der Entziehungsvorgänge

1939 - 1942

## 1. Zeitpunkt der Entziehung

Es wird wegen Entziehung auf die Akten der Finanzbehörden, der Gestapo, der Grundbuchämter, Patentämter und der sonstigen amtlichen Stellen, die mit der Entziehung jüdischen Vermögens beauftragt waren, Bezug genommen.

2. Belegenheit des entzogenen Vermögensgegenstandes im Zeitpunkt der Entziehung **Berlin**

Waren die entzogenen Vermögensgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung außerhalb des Bundesgebietes oder Berlin (West) belegen und sind sie nach der Entziehung in diese Gebiete gelangt, so ist anzugeben, welche Beweismittel für die Verbringung in das Bundesgebiet oder nach Berlin vorliegen.

3. Durch welche der in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger ist die Entziehung erfolgt? **Deutsches Reich**

## E

## 1. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Rückerstattungsansprüche angemeldet worden? Wenn ja, Angabe der Anmeldestelle und des Aktenzeichens.

**nein**

## 2. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Entschädigungsansprüche geltend gemacht worden? Wenn ja, Angabe des Entschädigungsamts und des Aktenzeichens.

**ja**  
**Reg.Nr.259314**

Vorhandene Unterlagen — Listen, Versteigerungsprotokolle, Bescheinigungen der Pfandleihanstalt usw. — sind beizufügen, zweckmäßig nicht im Original, sondern in beglaubigter Abschrift oder beglaubigter Fotokopie.

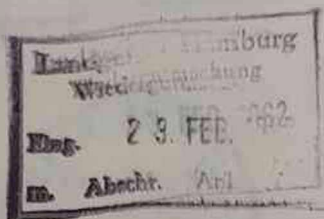
Vollmacht v. Walter Freitag v. 17.3.1958 und Vollmacht v. Leonore Freitag v. 19.5.1958

Ich versichere die obige Erklärung nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben zu haben.

Unterschrift: **gez. Walter Freitag**Ort: **Upper Hutt, Neuseeland**Datum: **26.5.1958**

**Oberfinanzdirektion Hamburg**

F 597 - UA 1 - BV 43/431



(24a) Hamburg 13, den 21. Febr. 19 62

Harvestehuder Weg 14

Postfach

Tel. 44 12 91 / App. 53

Büro: Magdalenenstr. 64 a

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

(mit 2 begl. Durchschriften)

H a m b u r g 11  
Zippelhaus 5

In der Rückerstattungssache  
Z 27 709

Hans Walter Freitag Nachlaß  
( URO Hannover )

./.

Deutsches Reich  
( OFD Hamburg )

hat der Antragsgegner davon Kenntnis genommen, daß der Rückerstattungsanspruch von dem Antragsteller Walter Freitag als Erbe nach seinem Vater Hans Freitag gestellt wird. Es wird daher um eine entsprechende Berichtigung des Rubrums gebeten.

Der Antragsteller möge sein Erbrecht nachweisen. Es wird ferner um Prüfung der Wahrung der Anmeldefrist von Amts wegen gebeten.

Im übrigen wird auf den diesseitigen Schriftsatz vom 29.11.1961 verwiesen.

Im Auftrag

7.  
A. D. am 17. 2. 1962.  
Der Sachverhalt ist nachgeprüft.  
Der Anspruch ist festgestellt  
angemeldet worden.  
2. 2. 1962.

*C. Klenner*  
( Klenner )  
Referent

27. Feb. 1962

Ausgefertigt am

Gelesen am

Ab z. Zust. formlos

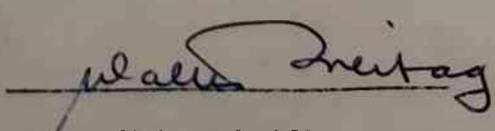
am

*Umt*  
20. Feb. 1962

VOLLMACHT.

Ich/wir/der/die Unterzeichnete .....Walter.Freitag.....

.....  
bevollmaechtige United Restitution Organization, Hannover,  
Klagesmarkt 10/11  
mich/uns bei der Geltendmachung und Verwirklichung meiner/unserer Ruecker-  
stattungs- und Entschaedigungsansprueche (Wiedergutmachungsansprueche) in  
Deutschland in allen meinen/unseren Angelegenheiten sowohl bei Gerichten,  
Grundbuchaeufern, Nachlassgerichten und anderen Behoerden als auch Dritten  
gegenueber zu vertreten. Die Vertretungsmacht meines/unseres Bevollmaech-  
tigten soll sich ohne jede Ausnahme auf alle Rechtsgeschaeftte erstrecken,  
sowie alle Rechtshandlungen, welche von mir/uns und mir/uns gegenueber vor-  
genommen werden koennen, soweit die Gesetze eine Vertretung zulassen.  
Mein/unserer Bevollmaechtigter ist berechtigt, fuer den gesamten Geschaefts-  
kreis, fuer einzelne Geschaeftte oder fuer einen Kreis von Geschaeften Un-  
terbevollmaechtigte zu bestellen. Mein/unserer Bevollmaechtigter ist von  
der Beschraenkung des Paragraphen 181 BGB befreit. Hiernach ist der Be-  
vollmaechtigte berechtigt, Gelder fuer mich/uns in Empfang zu nehmen und  
sich wegen Gebuehren und Auslageanspruechen aus diesen zu befriedigen.  
Im Hinblick auf das zwischen mir und der URO bestehende Vertragsverhaelt-  
nis ist diese Vollmacht unwiderruflich.

  
Unterschrift.

Adresse ..7, ..Schindam.. Bresent

.....Mittel..Huttl.. neuseeland

Datum .....6-2-63.....

9  
d4

## V O L L M A C H T .

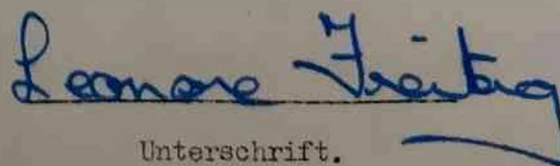
Ich/wir/der/die Unterzeichnete ....Leonore Freitag.....

bevollmaechtige United Restitution Organization, Hannover,  
Klagesmarkt 10/11

mich/uns bei der Geltendmachung und Verwirklichung meiner/unserer Rueckerstattungs- und EntschaeDIGungsansprueche (Wiedergutmachungsansprueche) in Deutschland in allen meinen/unseren Angelegenheiten sowohl bei Gerichten, GrundbuchaeMtern, Nachlassgerichten und anderen Behoerden als auch Dritten gegenueber zu vertreten. Die Vertretungsmacht meines/unseres Bevollmaechtigten soll sich ohne jede Ausnahme auf alle Rechtsgeschaeft(e) erstrecken, sowie alle Rechtshandlungen, welche von mir/uns und mir/uns gegenueber vorgenommen werden koennen, soweit die Gesetze eine Vertretung zulassen.

Mein/unserer Bevollmaechtigter ist berechtigt, fuer den gesamten Geschaeftskreis, fuer einzelne Geschaeft(e) oder fuer einen Kreis von Geschaeften Unterbevollmaechtigte zu bestellen. Mein/unserer Bevollmaechtigter ist von der Beschraenkung des Paragraphen 181 BGB befreit. Hiernach ist der Bevollmaechtigte berechtigt, Gelder fuer mich/uns in Empfang zu nehmen und sich wegen Gebuehren und Auslageanspruechen aus diesen zu befriedigen.

Im Hinblick auf das zwischen mir und der URO bestehende Vertragsverhaeltnis ist diese Vollmacht unwiderruflich.



Unterschrift.

Adresse 6.7. Sheridan Cres,  
Upper Hut, New Zealand.

Datum .....6.2.62.....

**Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg**

Vorgelegt nach Protokoll (24a) Har  
mit/kein Protokoll X. Har

(24a) Hamburg 36, den 16. April 1962 B8  
 X Sievekingplatz 1, Zippelhaus 5

Geschäfts-Nr. 3 27 709

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Fernsprecher 34 10 9 2597  
Behördennetz 43 (6)

36 41 21/831  
31/831

1 92/130/62

## Beschluß

# hnh & Hmales

19462

## In der Rückerstattungssache

1. Walter Freitag,  
2. Leonore Freitag,  
beide wohnhaft: 7, Skeridan Crescent, Upper Hutt,  
Neuseeland, Antragsteller,  
- als Erben nach ihrem Vater Hans Freitag -

Bevollmächtigter:

Zustellungsbezeichnung: 10.11.1974

United Restitution Organization,  
Hannover, Klagesmarkt 10/11, - OC/P/12 -

~~119-10-63~~

gegen

### Vorgelegt nach Fristablauf

- mit/kein Eingang am

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Verfahrensvertreterin Oberfinanzdirektion, Hamburg,  
Hamburg 13, Harvestehuder Weg 14,

Aktenzeichen:

- F 597 - UA 1 - BV 43/431 -

**Antragsgegner.**

ist eine gütliche Einigung über

U m z u g s ~~u~~ t

7) Aufgabe an Ivo, ob mit einer schrittweisen Verbesserung des Verfahrens noch zu rechnen ist.

2) 2 M male

nicht zustande gekommen.

ab 23.10.62

11 92.10.62

Das Wiedergutmachungsamt verweist deshalb die Sache an die

Wiedergutmachungskammer — Landgericht Hamburg (Art. 55 REG).

Vermerk f.d. Kammer:

Vollmachten Bl. 23 u. 24 d.A.

Erbschein Bl. 14 d. LA.

D. Meyer - Karpoffel

# UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover · Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 17733/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Please quote: OC/F/12

Im Antwortschreiben bitte anzuzeigen

Hannover, den 11.62  
Ho./Schw.



An die  
1. Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht

2000

H a m b u r g

In der Rückerstattungssache

- Wik 130/62 -

Walter Freitag u.a.

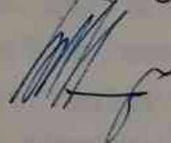
tragen wir folgendes vor:

Der Antragsteller war zur Zeit der Verpackung des Lifts ungefähr 10 Jahre alt. Er kann daher aus eigener Kenntnis nicht angeben, was im Lift im einzelnen enthalten war und wo der Lift entzogen ist. Seine Kenntnis von der Versendung des Lifts und von der Lagerung in Hamburg stützt sich auf das Schreiben der Frau Charlotte Pilchowski. Diese Zeugin hat in diesem Schreiben, das wir nur auszugsweise in den Akten vorliegen haben, erklärt, daß sie bei einem Besuch im Hause des Rechtsanwalt Freitag in Königsberg von diesem erfahren hat, daß Rechtsanwalt Freitag eine schlimme Nachricht bekommen hätte, die lautete, daß sein Lift in Hamburg nicht mehr in einer Halle lagerte, sondern im Freien, und daß die Eheleute Freitag nun große Furcht hätten, die Sachen könnten verloren gehen. Der Lift ist von der Firma Henze & Mahlow in Königsberg verpackt. Aus diesen Erklärungen des verfolgten Rechtsanwalts Freitag ergibt sich, daß der Lift tatsächlich in Hamburg eingelagert war, und daraus ist zu folgern, in Anbetracht dessen, daß er niemals am Bestimmungsort angekommen ist, daß er das Schicksal aller Lifts der jüdischen Auswanderer erlitten hat. Dem steht nicht entgegen, daß die Oberfinanzdirektion keine Unterlagen über eine Entziehung der beanspruchten Vermögenswerte besitzt; bekanntlich sind ja die Listen der Oberfinanzdirektion lückenhaft. Es wäre deshalb erforderlich,

von Amts wegen einmal aufzuklären, ob nicht die früher in Königsberg ansässige große Speditionsfirma Henze & MahrLOW im Westgebiet eine Niederlassung hat, und ob sich bei dieser evtl. Unterlagen über die Versendung des Lifts nach Hamburg befinden. Es wäre weiter die Anschrift der Frau Charlotte Pilchowski, die jetzt in Berlin wohnen soll, ausfindig zu machen, und diese Zeugin wäre darüber zu hören, was sie weiter über den Lift des Verfolgten aussagen kann. Der Antragsteller kann keine weiteren Zeugen benennen, da er sich als damaliger Junge von 10 Jahren nicht an Zeugen erinnern kann, die über die Verpackung und die Absendung des Lifts irgend etwas aussagen können. Wir werden uns bemühen, ebenfalls die Anschrift der Zeugin Pilchowski ausfindig zu machen. So werden wir insbesondere versuchen, ob durch die Miterbin Leonore Freitag in Neuseeland Auskünfte zu erlangen sind.

Dr. W. Blumberg

i. A:

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'W. Blumberg', written over the typed name.

U hebt nu te de jaden Bericht weder APT.  
in Berlijn jacht. Doch jaden APT. 11. 101  
Dankte te jaden, dan te jaden de Eilanden  
te jaden. De APT. en de jaden de Eilanden  
de jaden worden. De jaden de  
jaden hal te Eilanden. in Berlijn jacht.  
Nieuw te jaden. De jaden de Eilanden, dan te jaden  
de Eilanden. De jaden de jaden de jaden.  
De jaden de Eilanden. De jaden de jaden.

3, 375. / 26

U. M.

# UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover . Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 17733/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Please quote: OC/F/12  
Im Antwortschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 22.1.63



An die

1. Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht

2 H a m b u r g

- 1 WiK 130/62 - 24.1.63 489/63

In der Rückerstattungssache

Walter Freitag u.a. gegen Deutsches Reich

sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Der Verein der Hamburger Spediteure hat auf unsere Anfrage mitgeteilt, dass die Königsberger Speditionsfirma Henze, Malow & Co in Hamburg keine Zweigniederlassung unterhalten hat. Mit welcher Hamburger Firma sie gearbeitet hat, ist nicht festzustellen. Die Firma soll erloschen sein, frühere Angestellte sind nicht bekannt.

Von Frau Charlotte Pilchowski in Reuth/Forchheim/Obfr. haben wir auf Anfrage erfahren, dass der in Königsberg gepackte Lift von dort nach England gehen sollte. Soviel sie weiß, ist der Lift auch in Hamburg angekommen und dort eingelagert. Die Hamburger Speditionsfirma hat dem Verfolgten mitgeteilt, dass der Lift aus der Halle gestellt und im Freien gelagert sei. Die Zeugin ist bereit, diese Angaben unter Eid zu machen. Der Transport von Königsberg ist vor dem Kriege erfolgt. Der Lift hat nach Angaben der Zeugin, die dies von dem Verfolgten selbst erfahren hat, in Hamburg deshalb gelagert, weil Herr RA.Freitag auf seine Ausreise wartete, die aber durch Ausbruch des Krieges verhindert wurde. Die Auslagerung des Lifts ins Freie ist nach Angaben der Zeugin erst im Kriege erfolgt. Die Bezahlung der Transportkosten soll von einem Sperrkonto des Verfolgten erfolgt sein.

Wir sind der Ansicht, dass es zweckmässiger wäre, diese Zeugin vernehmen zu lassen, was hiermit beantragt wird.

Auf die richterliche Verfügung vom 12.11.62 werden wir noch antworten, sobald die Stellungnahme des Antragstellers vorliegt. Schon jetzt können wir mitteilen, dass der Erblasser, wie aus der Anmeldung ersichtlich, mit Gertrude Freitag geb. Eger verheiratet war.

Dr. W. Blumberg

i. A.:

✓

1) B-fuge an ASK-Vertr., ob die ASK-2-2 weitere Angaben über den LPH machen kann. Wann ist sie geboren? Wann ist sie ausgewandert?

2) Hauptberufliche Berlin in Über-  
siedlung etwa vorläufige OFP-  
Akt. - b. b. Hans Freitag, geb.  
19.3.1893 in Königsberg/Pr., später  
Wohnhaft Berlin - Charlottenburg  
Kantstr. 149 b. Tel. Misch  
b. b.

3) BE: Da

4) 1 A.  $\int_{-L}^{25,1}$

~~28/12~~

zu 1) + 2) ab B.  
gef. 31.12.

Please quote: OC/F/12

Im Antwortschreiben bitte anzuzeigen

Hannover, den 5.2.63

An die  
Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht



Der Haupttreuhänder  
für Rückerstattungsvermögen  
OFP-Aktenverwahrstelle

1 Berlin 30, den -1.2.63  
Tauentzienstr. 18a, III. Stock  
Fernspr. 24 0011 / App. 381

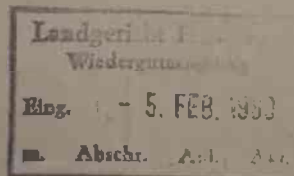
Betr.: Freitag, Hans, geb. 19.3.1893 in Königsberg.

Urschriftlich zurück

Der/Die in Ihrem anbei zurückgesandten Schreiben Genannte ~~ist~~ -  
~~sind~~ in der bei dem früheren Oberfinanzpräsidenten Berlin-  
Brandenburg geführten Kartei der deportierten und ausgebürgerten  
Personen nicht erfasst. Akten oder sonstige Unterlagen über ihn -  
~~sie~~ sind hier nicht zu ermitteln.

1 Anlage.

Verwahrstelle Vordr. 7a



Im Auftrage

Linsner E. Fink

Dr. 5.2.63

Please quote: OC/F/12  
im Antwortschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 5.2.63

An die  
Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht



**Landgericht Hamburg**  
Wiedergutmachungskammer 2

Geschäfts-Nr.: 2 Wik 489/63

Bitte bei allen Schreiben angehen!

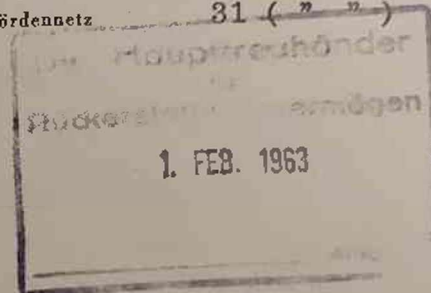
(Z 27709)

An den  
Haupttreuhänder für  
Rückerstattungsvermögen

1 Berlin 30  
Tauentzienstr. 18

2 Hamburg 11, den 25. Januar 1963  
Zippelhaus 5, Hinterhaus

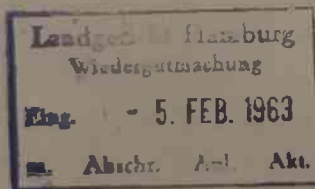
Fernsprecher 36 11 21 App. 820  
Behördenetz 31 ( " " )



In der Rückerstattungssache Hans Walter Freitag Nachlaß ./.. Deutsches Reich wird gemäss richterlicher Verfügung um Übersendung etwa vorhandener OFF-Akten betr.

Hans Freitag, geb. 19.3.1893 in Königsberg/Pr.,  
später wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Kantstr.149  
bei Frl. Misch,

gebeten.



Die Geschäftsstelle  
*guck*  
Justizoberinspektor

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover · Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 17733/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Please quote: OC/F/12  
Im Antwortschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 22.2.63  
Ho/Sa



An die  
Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht  
2 H a m b u r g

2 WiK 489/63 -

In der Rückerstattungssache  
Hans Freitag Nachlaß gegen Deutsches Reich  
(Antragsteller:  
Walter und Leonore Freitag)

wird in Erledigung der richterlichen Verfügung vom  
12.11.62 folgendes vorgetragen:

Die beiden Antragsteller, Walter und Leonore Freitag, sind mit einem Kindertransport im Mai bzw. Juli 1939 von Berlin nach England ausgewandert. Die Eltern, die Verfolgten, blieben damals in Königsberg, ihrem letzten Wohnsitz, zurück. Sie waren im Jahre 1940, nach einer Nachricht, die die Antragsteller später erhielten, nach Berlin übergesiedelt und wohnten dort in Berlin-Charlottenburg, Kantstrasse 149 bei Frau Anna Misch. Dort blieben sie 7 Monate und sind dann nach Königsberg zurückgezogen. Von Königsberg aus waren sie dann einige Male wieder in Berlin und sind schliesslich von Königsberg, wo sie zuletzt Hoffmannstrasse 17 gewohnt haben, im Herbst 1942 deportiert worden. Der Antragsteller Walter Freitag erhielt einen "Roten Kreuz Brief" mit dem Datum des 15.9.42 aus Königsberg, mit dem der Verfolgte Hans Freitag seinen beiden Kindern letzte Grüße aus Königsberg sandte. Damals sind die beiden Eltern, Hans und Gertrude Freitag, deportiert worden.

Ein Rückerstattungsverfahren schwebt noch in Berlin bei der

2

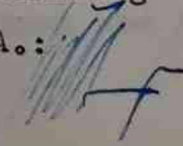
Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Berlin

< (unter 150 WGA) 63 WGA 3438 - 3444/57 (2,4,6,8,10,12,14/63). >

Der von den Antragstellern in dieser Sache eingelegte Einspruch soll zurückgenommen werden, denn die Antragsteller können keinerlei Einzelheiten vortragen. Sie waren zu der Zeit der Entziehung noch zu jung, insbesondere erfolgte die Entziehung nach ihrer Auswanderung.

Entschädigungsansprüche schweben bei der Entschädigungsbehörde in Berlin und zwar Anträge aus eigenem Recht von Walter und Leonore Freitag unter den Reg.Nr.259314 bzw.258668. Entschädigungsanträge nach den Eltern schweben in Berlin unter den [Reg.Nr.258667 und 258669.] Es wird gebeten, notfalls die Berliner Akten heranzuziehen.

Dr. W. Blumberg

i.A.: 

✓ 1 U R R. um Mitt.

Der genannte Aus-  
schnitt der Zeitung  
Pilschowski. Vorzug ist wird  
gelesen von der Zeitung  
entschieden eine  
Leistung. Vorleistung  
über die Vorleistung der  
Lith <sup>unvollständig</sup> ~~und~~ seine Art  
Entscheidung beibringen.  
Die Zeitung muss dann  
auch erhalten auf  
Wiederholen der  
Kommunikation verlangt hat.

✓ 2) Vom Langer. Berlin  
Abk < Nr. 36 > bezeichnen

✓ 3) Vom der Zeitung. bezeichnen  
Berlin Abk [ Nr. 36 ]  
bezeichnen

4) A. Thoms

Vorgedrag nach Folienblatt

Hamburg, den 11. APR 1963

72 1) - 3)

Ausgefertigt am 28. Feb. 1963

Gelesen am

Abgesandt am 1. MAZ. 1963

B

27. 2. 63

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover · Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 177 33/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Please quote: OC/F/12  
Im Antwortschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 5.3.63

Ho/Sa



An die  
Wiedergutmachungskammer 2  
beim Landgericht  
H a m b u r g

2 WiK 489/63 -

In der Rückerstattungssache  
Hans Freitag Nachlass gegen Deutsches Reich

zeigen wir in Erledigung der richterlichen Verfügung  
vom 28.2.63 an, dass Frau Charlotte Pilchowski  
in 8551 Reuth / Forchheim / Oberfr.  
Nr. 158

wohnt.

Wir werden versuchen von der Zeugin die gewünschte  
eidesstattliche Versicherung beizubringen und haben  
ihr deshalb sofort geschrieben.

Dr. W. Blumberg

i. A. v.

Ausgefertigt am  
Gelesen am  
Abg. Zust. Formlos (x)  
am

12. MRZ. 1963

13. MRZ. 1963

L  
50

✓  
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.  
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.  
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.

2

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Phone: Hannover 17733/34

Please quote:  
im Antwortschreiben bitte angeben

Klagesmarkt 10/11

Cable: UROCLAIMS, Hannover

OC/F/10



Hannover, den 10.4.1963  
Ho./Schw.

An die  
2. Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht

H a m b u r g

*W. v. Hoff*  
*(H. Frau v. Hoff d. Tochter)*  
*Freiham, 7. Apr. 1963*

*7. H. Hoffmann*

*17.4.63*  
*Str.*

In der Rückerstattungssache  
- 2 Wik 489/63 -

Hans Freitag Nachlaß ./. Deutsches Reich

überreichen wir unter Bezugnahme auf unseren Schriftsatz vom 5.3.1963 die eidesstattliche Versicherung der Zeugin Frau Charlotte Pilchowski vom 18.3.1963 mit einer Fotokopie. Aus dieser eidesstattlichen Versicherung ist mit Deutlichkeit zu entnehmen, daß der Verfolgte seinen Lift nach Hamburg hatte transportieren lassen, und daß er dort eingelagert war. Woher hätte sonst der Verfolgte wissen sollen, daß er aus der geschlossenen Halle im Hamburger Freihafen herausgekommen sei, und fortan im Freien lagern mußte. Der Verfolgte muß doch hierüber unbedingt von seinem Spediteur eine Nachricht erhalten haben. Das beweist aber, daß der Lift tatsächlich im Freihafen gelegen hat. Unterlagen hierüber sind nicht mehr vorhanden, da die Verfolgten in der Deportation umgekommen sind und der Antragsteller damals noch ein Kind war.

Vielleicht wäre es aber doch zweckmäßig, die Zeugin Pilchowski auf Grund eines entsprechenden ausführlichen Beweisbeschlusses noch einmal über nähere Einzelheiten vernehmen zu lassen.

*2 + Anh.*

Es ist möglich, daß sie noch weitere Angaben machen kann, wenn ihr die entsprechenden Fragen in der Beweisaufnahme gestellt werden können.

Dr. W. Blumberg

Anlagen

i. A:



1) Schreiben an (D. am DFD  
r zu Ahn)  
Spekulationsfirma Emil Ipsen,  
Hamburg 1, Glockengießerwall 1:

"In der RE-Zeitung ...  
fragen Sie nach dem Namen der  
das die Erlöschen 'Reichs-  
wall' vom Freitag 1939 durch  
die die Spekulationsfirma Henze,  
Malow & Co, Kienberg, einen  
Lift nach England zum  
Vertrieb gebracht haben.  
Der Lift sei in Hamburg  
eingeliefert und später be-  
schlagnahmt worden."

Wäre dem Inhalt der  
Ahn besteht die Möglichkeit,  
dass als Hamburger Korrespon-  
denzspezialist Herr Dr. ...  
an dem vorbeschriebenen  
Lifttransport beteiligt waren.  
Sie werden höflich gebeten,  
auch Herrn Rechtsanwalt  
nachzuprüfen, ob die im  
vorliegenden Fall mit der  
Firma Henze, Malow & Co zu-  
sammen gearbeitet haben  
und ob Herr Dr. ... über das  
Geschick des Lifts, insbeson-  
dere über eine etwaige Ein-  
lagerung und Beschlagnahme  
etwas bekannt ist? 2  
Herrn Antwort wird 3-fach  
erbeten."

2) 3 Bäume

Dr. 19.4.41

Ausgefertigt am 22/4.63  
Gelesen am  
Ab z. Zust./formlos  
am 23. APR 1963

Reuth/Fontaine 4  
Bsp. 14.3.43

### Stilleschaltung der Regierung

Das jüdische Ehepaar Julius und Regina  
Freitag sind schon seit langer Zeit  
Bürgermeister Hans Freitag kennen  
mit ihm den Tag 1922 bekannt.  
Ausstellung einer Briefe von mir  
bei den Eltern im Winter 1940 er-  
zählte mir der Herr ausserhalb  
Bsp. R. A. H. Freitag, der es seine  
Kinder nach Frankfurt bringen konnte.  
Daß die Briefe der Kinder nicht  
mehr ist. Ich habe die Briefe ge-  
lesen. Ich habe den Winter 1939  
nach Frankfurt Freitag mit den  
Freitag in Frankfurt im Winter der Ost-  
see dort ist für mich möglich, daß  
Freitag mit Kindern nach Frankfurt  
gehen. Keine Briefe sind die seine  
Freitag erzählte Herr Fr. Freitag  
der Brief. Ich habe auch bei be-  
ginn der Briefe so unmittelbar be-

am, das mich zum Sitz von Königs-  
berg nach Hamburg übergeführt hat.  
Hier ist mich wiederum sehr in die  
Königsberger Form Herzog & Malherbe in  
den Sitz gesetzt und übergeführt  
haben. Am 2. Tag, als ich in den Hof  
(Stintz 1941) mit mir die fünf  
Frisen reisten, war es in großer  
Krisenzeit, es ist die Kasse der Lehen-  
man hatte, das ist die fünf der fünf  
einfach hergestellt Kasse, mit der es  
bestehen sollte in Hamburgs Hof  
Vorant ausmachen für mich selbst in  
Frisen liegen müßte. Das deutsche  
Gericht die Kasse, die der Tafel  
Hof Kasse. Auf der Tafel  
R. A. Freitag im Stintz 40/41 wieder-  
gelesen, es stehen in der Tafel  
in der die Friesen stehen, einen  
Frisen, der den Friesen, Friesen  
Vorant, Friesen Friesen, Friesen  
die Friesen stehen in der Kasse  
im Vorant. R. A. Freitag, am  
Friesen, in der Kasse, Friesen  
Friesen, Friesen, Friesen, Friesen  
Friesen. Am 2. 8. 1942 fünf Friesen  
Friesen auf Theresienstraße abgeben.

geboten. Es sei nur bekannt, daß  
hiesigen Familien zusammen. Das Datum  
ist mir so genau bekannt, daß Herr  
R. A. Haus Freitag auf einen fest-  
gesetzten Tag am nächsten Tag am nächsten  
Freitag, bei mir für alle Fälle für die  
Zeit der letzten Entlassung. Die  
Küche befindet sich als frischgegründet  
erster gewöhnlicher Kaspern. Die  
Küche der die Kinder nach Hause-  
land ist in der nach dem Krieg  
gegründet. Auf der die Kinder  
geben nur die Küche der den  
Küchen der Kinder in der Küche.  
Auf alle nach dem für die für die  
Küche der Küche.

Frau Charlotte Fildorfer

geb. Hill

Bunde mit Fildorfer Obf.  
früher Bingsberg / B.  
Hammertag 11.

2

2 Wik 489/63

(Z 27 709)

11.  
XX

19. April 1963

XXXXXXXXXXXX Zippelhaus 5.  
XXXXXXXX 36 11 21 Mths.  
31 XX App. 820

Firma

Emil Ipsen  
Spedition

2 H a m b u r g 1

Glockengiesserwall 1

Bankkonto: Deutsche Bank AG, Hamburg  
Zustellstelle: Seeburg

In der Rückerstattungssache Hans Walter Freitag Nachlaß ./.. Deutsches Reich tragen die Antragsteller vor, dass der Erblasser Rechtsanwalt Hans Freitag 1939 durch die Speditionsfirma Henze, Malow & Co., Königsberg, einen Lift nach England zum Versand gebracht habe. Der Lift sei in Hamburg eingelagert und später beschlagnahmt worden. Nach dem Inhalt der Akte besteht die Möglichkeit, dass als Hamburger Korrespondenzspediteur Ihre Firma an dem vorbeschriebenen Lifttransport beteiligt war.

Sie werden höflich gebeten, anhand Ihrer Unterlagen nachzuprüfen, ob Sie im vorliegenden Fall mit der Firma Henze, Malow & Co. zusammenge-  
arbeitet haben und ob Ihnen über das Schicksal des Lifts, insbesondere über eine etwaige Einlagerung und Beschlagnahme etwas bekannt ist. Ihre Antwort wird 3-fach erbeten.



Dahn  
Landgerichtsrat

beglaubigt:

2 x Brief  
29. 4. 63  
29. 4. 63

Bekannt

10.4.1963

I so die Bemis erhoben worden  
über die Behauptung der  
Antragsteller,  
der Erlaßung habe im  
Jahre 1939 einen

## EMIL IPSEN

Bankkonto: Deutsche Bank AG., Hamburg  
Zweigstelle Seeburg  
Postscheckkonto: Hamburg Nr. 805 79  
Telegr.-Adresse: Ipsen Klosterburg  
Fernsprecher: Hamburg Sa.-Nr. 33 16 71  
Fernschreiber: 02 11 188 für Ipsen

HAMBURG 1,

Glockengieserwall 1 24. April 1963  
M./E.

An das  
Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer 2  
H a m b u r g 11. Zippelhaus 5

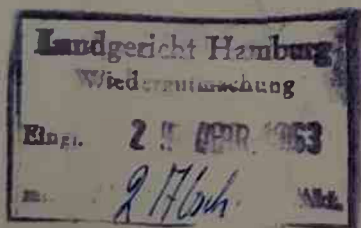
Betr.: Geschäfts-Nr. 2 Wik 489/63 ( Z 27 709 )  
Rückerstattungssache Hans Walter Freitag Nachlaß

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 19. d. M. und muß  
Ihnen leider mitteilen, daß - wie Sie sich denken können -  
meine Unterlagen aus dem Jahre 1939 nur sehr spärlich sind.

Unter dem Namen Freitag kann ich nichts finden, jedoch ist  
es möglich, daß der Liftvan noch eine Buchstaben- oder Zahlen-  
markierung gehabt hat. Vielleicht könnte ich ihn dann aus-  
findig machen, da eine ganze Anzahl dieser Sendungen ohne  
Namen bei mir gelagert hat.

Hochachtungsvoll

EMIL IPSEN



11 D. an PV  
21. Juni 1963  
an A. B. an  
Terminierung + Lösung  
A. Eugen Pilchowski (Be. 37).  
25.4.63

Nr. 213 2000 3 61 Ceho

Dr. W.

*Stamm*

Ausgefertigt am  
Gelesen am  
Ab z. Zust./formiert  
am 7. MAI 1963

2 + Draft  
an  
29. gel.

6/5. und Jürgen  
gel.

Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer 2

46  
Hamburg 11, den 30. April 1963  
Zippelhaus 5, Hinterhaus

Geschäfts-Nr.: 2 Wik 489/63

Z 27 709

B e s c h l u ß  
=====

In der Rückerstattungssache

1. Walter F r e i t a g,
  2. Leonore F r e i t a g,  
beide wohnhaft: 7, Skeridan Crescent,  
Upper Hutt, Neuseeland,
- als Erben nach ihrem Vater Hans Freitag -

Antragsteller,

Bevollmächtigte: United Restitution Organization,  
Hannover, Klagesmarkt 10/11, - OC/F/12 -

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h,  
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister  
der Finanzen, Verfahrensvertreterin  
Oberfinanzdirektion Hamburg,  
- F 597 - UA 1 - BV 43/431 -

Antragsgegner,

beschliesst das Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer 2,  
durch folgende Richter

1. Landgerichtsrat Dr. Westphal,
2. Landgerichtsrat Dahm,
3. Gerichtsassessorin Lilie :

I. Es soll Beweis erhoben werden über die Behauptung der Antrag-  
steller,

der Erblasser habe im Jahre 1939 einen Lift mit Umzugsgut  
durch die Firma Henze, Malow & Co. von Königsberg nach  
England zum Versand bringen lassen; der Lift sei im Ham-  
burger Freihafen eingelagert worden und habe sich auch  
im Winter 1940 noch dort befunden

durch Vernehmung der

Zeugin Charlotte Pilchowski - Blatt 37 der Akte - .

II.

# Landgericht Hamburg

Wiedergutmachungskammer 2

Hamburg, den 7. Juni 1963

Geschäfts-Nr.: 2 WiK 489/63

- Z 27 709 -

## Öffentliche Sitzung

In der — Rückerstattungs — Sache

Gegenwärtig:

1. Landgerichtsdirektor

Dr. Schaefer

als Vorsitzender,

2. Landgerichtsrat

Dr. Westphal,

3. Landgerichtsrat

Dahm

als Beisitzer,

4. Justizangestellte

Röschmann

als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle

1) Walter F r e i t a g,

2) Leonore F r e i t a g,

beide wohnhaft: 7 Skeridan Chrescent,

Upper Hutt, Neuseeland

- als Erben nach ihrem Vater Hans Freitag  
und ihrer Mutter Gertrude Freitag geb. Eger.

Antragsteller,

Bevollmächtigte: United Restitution Organi-  
zation, Hannover, Klagesmarkt 10/11

Az.: OC/F/12 -  
gegen

das D e u t s c h e R e i c h,  
gesetzlich vertreten durch den Bundes-  
minister der Finanzen, Verfahrensver-  
treterin Oberfinanzdirektion Hamburg,  
Hamburg 13, Harvestehuder Weg Nr. 14

- F 597 - UA 1 - BV 43/431 -

Antragsgegner,

erscheinen bei Aufruf :

für Antragsteller u/URO: Assessor Homeyer,

für Antragsgegner : Dr. Hildebrandt,

ferner die Zeugin Pilchowski, Charlotte.

Nachdem die Zeugin zur Wahrheit ermahnt und über die Strafbarkeit  
einer falschen eidlichen, auch uneidlichen Aussage belehrt worden  
ist, wird sie wie folgt vernommen:

Zur Person: P i l c h o w s k i geb. Wiese, Charlotte

geboren am 10. April 1901 in Tilsit/Ostpr.

Hausfrau,

nicht verwandt und nicht verschwägert mit den  
Antragstellern.

Die Zeugin wurde zur Sache gehört; ihre Aussage wird nach Diktat  
genehmigt. Die Übertragung der kurzschriftlichen Aufnahme liegt  
dem Protokoll als Anlage bei.

Aus den Akten wird festgestellt, daß ein Erbschein (Bl.14 d.A.) vorliegt, der die Antragsteller als Alleinerben nach ihrem Vater ausweist. Das Gericht weist darauf hin, daß unter den gegebenen Umständen, insbesondere auch im Hinblick auf das Alter der Ehefrau des Erblassers (sie ist am 14.10.1901 geboren), die Alleinerbfolge der Antragsteller nach ihrer Mutter als dargetan angesehen werden könne.

Beschlossen und verkündet:

Der Zusatz zum Aktivrubrum erhält die Fassung:

"Als Erben nach ihrem Vater Hans Freitag und ihrer Mutter Gertrude Freitag geb. Eger".

Auf Vorschlag des Gerichts schließen die Parteien den in Kurzschrift aufgenommenen, aus der Anlage zum Protokoll ersichtlichen

V e r g l e i c h,

der vorgelesen und genehmigt wird.

*L. H. f.*

*Röschmann.*

*W. v. am 1.8*

*1.8*

Wiedergutmachungskammer 2

Aktenz.: 2 WiK 489/63

- Z 27 709 -

51  
Anlage zum Protokoll

vom 7. Juni 1963

In der Rückerstattungssache

1) Walter F r e i t a g

2) Leonore F r e i t a g

gegen

Deutsches Reich.

Zeugenaussage P i l c h o w s k i geb. Wiese, Charlotte:

Ich wohnte seit meinem 4. Lebensjahr in Königsberg. Die Familie meines Mannes ist eine alteingesessene Königsberger Familie. Durch die Vermittlung meiner Schwiegereltern, die mit den Eltern des Erblassers befreundet waren, bin auch ich mit diesen und mit dem Erblasser in Verbindung getreten. Die Beziehungen begannen etwa 1922. Mindestens bis zum Kriegsausbruch haben wir, d.h. mein Mann und ich einerseits und die Eltern des Erblassers andererseits regelmäßigen gesellschaftlichen Verkehr miteinander gepflogen. Unser Verkehr wurde zwangsläufig dadurch beeinträchtigt, daß im Laufe der 30iger Jahre die Judenverfolgungen einsetzten. Wir sahen uns zwar auch in der Folgezeit regelmäßig, die gegenseitigen Besuche wurden jedoch etwas seltener. In der Zeit vom Sommer 1940 bis 1942 haben wir die Eltern des Erblassers regelmäßig unterstützt. Wir mußten dabei jedoch - um uns nicht selbst zu gefährden - große Vorsicht und Zurückhaltung auferlegen. So habe ich es beispielsweise nicht gewagt, mich mit der Mutter des Erblassers im Sommer in deren Wohnung zu treffen. Wir haben stattdessen immer Zusammenkünfte in einem Hausflur vereinbart. Lediglich im Winter habe ich zuweilen abends im Schutze der Dunkelheit die Wohnung der Eltern des Erblassers aufgesucht. Die vorgeschriebenen Treffen mit der Mutter des Erblassers fanden regelmäßig montags nach dem Monatsersten statt. Anlässlich dieser Treffen habe ich einige wenige Male auch den Erblasser gesehen und gesprochen. Dieser bewohnte mit seiner Frau, die später in einer Wäscherei tätig war, bis zum Jahre 1939 eine eigene Wohnung in der Litzmannstraße. Spätestens im Laufe des Jahres 1940 ist er mit seiner Frau auf ein kleines Zimmer in der Wohnung der Eltern gezogen.

Im Winter 1940/41 kam er anlässlich eines meiner üblichen Montagsbesuche ziemlich aufgelöst von oben herunter und erzählte mir, er habe eine schreckliche Nachricht erhalten. Sein Lift, den er 1939 zum Versand gebracht habe, und der seitdem im Hamburger Freihafen lagere, sei aus dem Schuppen ins Freie verlegt worden. Dieses bedeute für ihn praktisch den Verlust seiner Habe. Welche Gegenstände in dem Lift enthalten waren, weiß ich nicht. Ich bin zwar verschiedentlich in der früheren eigenen Wohnung des Erblassers gewesen, insbesondere habe ich da verschiedene Feierlichkeiten und Familienfeste miterlebt. Dennoch kann ich beispielsweise nicht mit Sicherheit sagen, aus wieviel Zimmern die Wohnung bestanden hat. Mein Eindruck, wie er sich damals gebildet hat, geht nur dahin, daß es sich um eine sehr elegante, gepflegte Wohnung eines gutsituierten Anwaltes gehandelt hat. Bei der geschilderten Erzählung des Erblassers setzte dieser voraus, daß ich von der Versendung des Lifts Kenntnis hatte. Ich war von der Absendung des Lifts bereits etliche Zeit vorher von der Mutter des Erblassers unterrichtet worden. Ich wurde von der Versendung des Lifts bereits im Sommer 1939 in Kenntnis gesetzt. Ich traf mich damals in Granz mit der Mutter des Erblassers. Sie hatte die Kinder des Erblassers - die Antragsteller dieses Verfahrens - bei sich und erzählte mir, daß die Kinder demnächst nach England verschickt würden und daß auch die Eltern ihre gleichzeitige Ausreise nach England beabsichtigten. Zugleich erzählte sie mir, daß der Erblasser seine Habe bereits mit einem Lift nach England zum Versand gebracht habe.

Auf V o r h a l t des Vertreters des Antragsgegners erklärt die Zeugin: Der Erblasser hat seine Praxis nicht in seiner Wohnung, sondern in einem getrennten Büro betrieben. Die Wohnung des Erblassers lag am Rande der "Hufen", einem ausgesprochen eleganten Wohnviertel.

Auf Befragen erklärt die Zeugin: Es ist nichts darüber gesprochen worden, daß der in Hamburg im freien stehende Lift etwa nach Königsberg zurückgeleitet oder an anderer Stelle untergebracht werden sollte. Wenn etwas derartiges erfolgt wäre, hätten mir die Freitags sicherlich davon erzählt.

- 3 -

Ich nehme auch an, daß in jener Zeit, also 1941, gar nicht mehr die Mittel vorhanden waren, um den Lift nach Königsberg zurückzubeordern. Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage, die für die Freitags bestanden, schließe ich insbesondere daraus, daß sie mich um Hilfe gebeten hatten.

Meine Angaben sind richtig, ich kann sie beschwören.

Die Zeugin wurde entlassen.

Für die Richtigkeit der Übertragung  
aus dem Stenogramm:

*Rödlmann*

Justizangestellte als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle.

Wiedergutmachungskammer 2

Aktenz.: 2 WiK 489/63

- Z 27 709 -

54  
Anlage zum Protokoll

vom 7. Juni 1963

In der Rückerstattungssache

1) Walter F r e i t a g

2) Leonore F r e i t a g

gegen

Deutsches Reich.

### V E R G L E I C H

- I. Der Antragsgegner verpflichtet sich, an die Antragsteller zur gesamten Hand als Schadensersatz für entzogenes Umzugsgut

17.500.-- DM

(i.W.: Siebzehntausendfünfhundert Deutsche Mark)  
nach Maßgabe des Bundesrückerstattungsgesetzes zu zahlen.

- II. Kosten der Rechtsverfolgung werden nicht erstattet.  
III. Beiden Parteien bleibt vorbehalten, durch eine bis zum Ablauf des 31. Juli 1963 bei Gericht eingehende schriftliche Erklärung von diesem Vergleich zurückzutreten.

Für die Richtigkeit der Übertragung  
aus dem Stenogramm:

*Rödmann*

Justizangestellte als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle.

2/8.

1963

2010. 600. 003

# Auszahlungsanordnung

für die Gerichtskasse – Hamburg – Altona – Harburg  
über Auszahlung von Zeugengebühren.

Landgericht Hamburg

Gericht (oder Staatsanwaltschaft) Wiedergutmachungskammer

Bezeichnung der  
Angelegenheit:

Aktenzeichen:

Termin am

7. Juni 1963

195

DM Auslagenvorschuß – in Kostenmarken  
entrichtet – eingezahlt – zum Soll gestellt – nach  
Blatt der Sachakten

(Name)

Justizoberinspektor

In Rechtshilfesachen

Ersuchende

Behörde:

Aktenzeichen:

1	Name und Vorname	1 Charlotte	2	Berufsangabe	Hausfrau
	Aufenthaltort	Reinholdstr. 10, Hamburg			

Die Zeugen – ist – sind – bestimmungsgemäß zu entschädigen.

Hamburg

den

7. Juni 1963

19

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

2	Berechnung der Entschädigung:						
	Stunde						
	a) des Termins	a) 12 1/2 Uhr		a) 12 1/2 Uhr			
	b) der Entlassung	b) 10 – Uhr		b) 10 – Uhr			
3	a) Antritt d. Reise, Tätigkeit unterbrochen	a) 1 1/2 Uhr		a) 1 1/2 Uhr			
	b) Beendigung d. Reise, Tätigkeit aufgenom.	b) 1 1/2 Uhr		b) 1 1/2 Uhr			
4	a) Zeitversäumnis §§ 2, 4 Zeug Entsch G	Stunden zu 1 DM – 1/4	DM 30 –	Stunden zu 1 DM – 1/4	DM 30 –		
	b) Fahrtkosten § 8 Zeug Entsch G	km Eisenbahn Zuschlag 2 – 1/2	DM 4 –	km Eisenbahn Zuschlag 2 – 1/2	DM 4 –		
		Nahverkehrsmittel Wegegeld km zu 0,25 DM	DM 60 –	Nahverkehrsmittel Wegegeld km zu 0,25 DM	DM 60 –		
	c) Aufwand § 9 Zeug Entsch G	Tage Std. Übernachtung	DM 4 –	Tage Std. Übernachtung	DM 4 –		
	d) Sonstige Auf- wendungen § 10 Zeug Entsch G		DM 25 –		DM 25 –		
5	Summe (in Buchstaben) Quittung		DM 257 60		DM 257 60		

## Anleitung:

1. Die Kassenanweisung ist im Durchschreibeverfahren herzustellen und von der Geschäftsstelle vor dem Termin vorzubereiten. Dabei kann in Rechtshilfesachen die Erteilung der Bescheinigung über den erhobenen Auslagenvorschuß unterbleiben, wenn Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind.

2. Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Sachakten zu geben.

3. Vom Bezugsberechtigten etwa vorgelegte Rechnungsaufstellungen, Lohnbescheinigungen usw. sind der Kassenanweisung beizufügen.

4. Die einzelnen Ansätze sind, soweit erforderlich, näher zu begründen, notfalls auf der Rückseite.

5. Falls keine Eisenbahnrückfahrkarte gelöst wurde, sind die Gründe kurz anzugeben.

## Aufrechnung

Nr. 1: DM 30 –

„ 2: „ –

Sa: DM 257 60

Landgericht Hamburg

Wiedergutmachungskammer

Sachlich richtig und festgestellt (auf

DM 257 60

wörtlich:

Zweihundert

Die Zeugen – zu Nr. 1 – erklärte auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.  
Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen. Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten zu geben.

Hamburg

den

7. Juni 1963

19

1) Nichtzutreffendes streichen.

Justizoberinspektor

(Name und Unterschrift, Amtsbezeichnung)

Oberfinanzdirektion Hamburg

F 597 - UA 1 - BV 43 -

(24a) Hamburg 13, den 29. Juli 1963  
Harventhuder Weg 14  
Postfach  
Tel. 44 12 91 / App. 51  
Büro: Magdalenenstr. 64 a+b

Landgericht Hamburg

21. JULI 1963

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover · Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 17733/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Please quote: OO/F/12  
In Antwortschreiben bitte angeben

Hannover, den 19.7.63  
Sa.

An die  
Wiedergutmachungskammer 2  
beim Landgericht  
H a m b u r g

- 2 WiK 489/63 -

In der Rückerstattungssache  
Walter Freitag u.a. gegen Deutsches Reich

erklären sich die Antragsteller mit dem am 7.6.63  
abgeschlossenen Vergleich über DM 17.500,-- einverstanden  
und verzichten hiermit auf ihr Widerrufsrecht.

1/3 an AG e. K.  
2/2 an Furi

Dr. W. Blumberg  
i. A.:

Beh: 24/7.63

zu 11. 11. 63  
29. Juli 1963

Im Auftrag

(Dr. Fischer)  
Referent

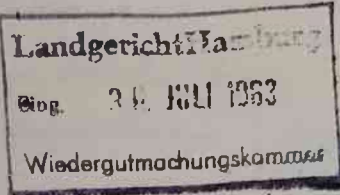
1/2 an 1st. Inst.  
2/1 an Dahn u. R. h. h.  
m. d. B. im R. h. h.  
3/1 an 1. Inst.

**Oberfinanzdirektion Hamburg**

F 597 - UA 1 - BV 43 -

65

(24a) Hamburg 13, den 29. Juli 19 63  
Harvestehuder Weg 14  
Postfach  
Tel. 44 1291 / App. 51  
Büro: Magdalenenstr. 64 a+b



An das  
Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer 2  
H a m b u r g 11  
Zippelhaus 5

( mit zwei begl. Durchschriften)

In der Rückerstattungssache

- 2 WiK 489/63 -

Z 27 709

Hans Freitag und  
Gertrude Freitag geb. Eger  
Nachlaß  
(URO Hannover)

./.

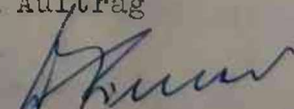
Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

tritt der Antragsgegner hiermit von dem Vergleich vom  
7. Juni 1963 zurück.

Der Antragsgegner vermag beim Fehlen jedweder Anhaltspunkte  
über den Umfang des Lifts, wie z.B. Gewicht, Größe etc., einem  
Vergleich in der Größenordnung von 17.500,-- DM nicht zuzustimmen.  
Es wird vielmehr um Entscheidung gebeten.

Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

Im Auftrag

  
(Dr. Fischer)  
Referent

✓  
1. 2 am 11. Juli  
2. am 11. Juli in R. h. h.  
m. 2. B. in R. h. h.  
3. 30.7.  
4.

L e s e a b s c h r i f t

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

2

2  
xxx

11.  
xx

2. August 1963

2 Wik 489/63(2 27 709)

XXXXXXXXXXXX Zippelhaus 5,

XXXXXX 36 11 21 Hths.

31 XXX xxx App. 820

An die

2. Wiedergutachungskammer  
beim Landgericht

Betr.: Rückerstattungssache Hans Freitag und Gertrude Freitag geb.  
Egor Anichlaß ./.. Deutsches Reich

Das Gericht schlägt den Parteien vor, zur Beendigung des Rechtsstreits erneut einen Vergleich über DM 17.500,— abzuschließen. Dieses erscheint aus folgenden Gründen gerechtfertigt:

Die Zeugin Pilchowski - an deren uneingeschränkter Glaubwürdigkeit kein Zweifel bestehen kann - hat im Termin vom 7.6.63 bekundet, der Erblasser habe bis 1939/40 eine elegante und gepflegte Wohnung in einem ausgesprochen vornehmen Wohnviertel bewohnt. Möglicherweise auch die Einkommensverhältnisse des Erblassers ungünstig entwickelt haben, so kann nach dem gesamten Inhalt der Akte und der Zeugenaussage dennoch davon ausgegangen werden, daß der Hausrat bis 1939 im wesentlichen unangetastet erhalten geblieben, 1939 sodann überwiegend im Lift verpackt und nach Hamburg gesandt worden ist, und daß nur ein kleiner, lebensnotwendiger Teil zurückbehalten und in die anschließend (spätestens im Laufe des Jahres 1940) bezogene Wohnung bei den Eltern mitgenommen wurde. Zeugenaussage Pilchowski ziehen. Die Zeugin hat, ohne

Für den Umfang und die Qualität der Einrichtung kann nach den Bekundungen der Zeugin unterstellt werden, daß die Wohnung aus mindestens 5 Zimmern bestanden hat und mit wertvollen Möbeln und Teppichen ausgestattet war.

Nach allem schätzt das Gericht den Wiederbeschaffungswert der im Lift verpackten und später entzogenen Gegenstände auf etwa 15.000,— bis 20.000,— DM, sodaß als Vergleichssumme ein Betrag von DM 17.500,— als angemessen erscheint.

Die Parteien mögen zum vorstehenden Vorschlag binnen 3 Wochen Stellung nehmen.

Dahn

Landgerichtsrat

beglaubigt:

Justizangestellter

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

3 Hannover · Klagesmarkt 10/11  
Postfach Nr. 6065

Phone: Hannover 17733/34

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Please quote: OC/F/12  
im Antwortschreiben bitte anzugeben

Hannover, den 7.8.1963  
Ho./Schw.

An die  
2. Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht



2000 H a m b u r g

In der Rückerstattungssache  
- 2 Wik 489/63 -

Walter Freitag u.a. ./.. Deutsches Reich

Dr. 9.8.63

tragen wir noch folgendes vor, nachdem der Antragsgegner  
vom Vergleich vom 7. Juni 1963 zurückgetreten ist:

Der Antragsgegner kann angeblich den Vergleich nicht annehmen, weil es am Umfang des Lifts, Gewicht und Größe fehlt. Diese Angaben können die Antragsteller nicht machen, da sie noch Kinder waren, als der Lift gepackt und nach Hamburg versandt wurde. Jedoch kann man Rückschlüsse aus der Zeugenaussage Pilchowski ziehen. Die Zeugin hat, ohne die Größe der Wohnung angeben zu können, davon gesprochen, daß es sich um eine sehr elegante, gepflegte Wohnung eines gutsituierten Anwalts in Königsberg gehandelt habe, die in einem ausgesprochen gutem Wohnviertel lag. In diesem Falle kann man unbedenklich davon ausgehen, daß der Verfolgte mindestens eine Wohnung von 4 Zimmern gehabt hat. Seine Familie bestand aus den beiden Eheleuten, zwei Kindern, und den Antragstellern, die zu der damaligen Zeit 10/11 und 6/7 Jahre alt waren. Daraus muß man schließen, daß die Wohnung wenigstens ein Schlafzimmer der Eltern, 2 Kinderzimmer und 1 bis 2 Wohnzimmer enthalten hat, denn es ist nicht anzunehmen, daß ein wohlhabender Anwalt zu der damaligen Zeit vielleicht in einer 2-Zimmer-Wohnung gelebt hat. Wie die Wohnung be-

schaffen war, hat die Zeugin wiederholt betont. Das Büro befand sich nicht in der Wohnung des Rechtsanwalts, sondern es lag außerhalb. Der Erblasser ist, nachdem der Lift 1939 gepackt und versandt war, in ein kleines Zimmer in der Wohnung seiner Eltern gezogen. Es ist also die gesamte Wohnungseinrichtung aus der Litzmannstr. auch im Lift verpackt gewesen, und man sollte keineswegs annehmen, daß irgendwelche Einrichtungsgegenstände vor oder bei der Verpackung des Lifts verkauft seien. Wir meinen, daß unter Berücksichtigung der der vorstehenden Ausführungen die Schätzung der Wohnungseinrichtung mit 17.500 DM nicht zu hoch gegriffen sei, und wir bitten deshalb, diese Schätzung der Kammer aufrecht zu erhalten und dementsprechend zu entscheiden.

ten und dementsprechend zu entscheiden.

Diese wird mit dem Vermerk der Nummer auf Entlassung einer Vergleichssumme von 17,500.-- RM einverstanden sind. Falls sich die Hauptanwaltschafts-Person noch mit dem Vergleichsvermerk einverstanden erklärend Dr. W. Blumberg in Freischiffung des Vergleichs. i. d. A.:

Die Angelegenheit ist nun übertragene Blankovollmacht auf Unterschriften.

Dr. W. Blumberg

i. Ai

UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover · Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 17733/34

OC/F/12

Please quote:

Im Antwortschreiben bitte anzugeben

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Hannover, den 14.8.63

Ho/Sa



An die

2. Wiedergutmachungskammer

beim Landgericht

2 H a m b u r g

- 2 WIK 489/63 -

In der Rückerstattungssache

Walter Freitag u.a.

gegen

Deutsches Reich

teilen wir auf die richterliche Verfügung vom 2.8.63 mit,  
dass wir mit dem Vorschlag der Kammer auf Zahlung einer  
Vergleichssumme von 17.500,-- DM einverstanden sind. Falls  
sich die Oberfinanzdirektion doch noch mit dem Vergleichs-  
vorschlag einverstanden erklären sollte, bitten wir um  
Protokollierung des Vergleichs. Wir überreichen in der  
Anlage dazu die uns übersandte Blankovollmacht ausgefüllt  
und unterschrieben.

Dr. W. Blumberg

i. A.

1/ D. von OFD an D. Blumberg  
zum Vollzugnehmen  
zum gerichtlichen  
Vergleichsvorschlag vom  
2. 8. 63.  
2/ Z. Fin. 14.8.  
14.8.

20. Aug 1963

71

V o l l m a c h t  
-----

Ich, Dr. Walter Blumberg, Leiter der United Restitution Organization,  
Hannover, Klagesmarkt 10/11  
erteile hiermit der Justizangestellten

Mackens

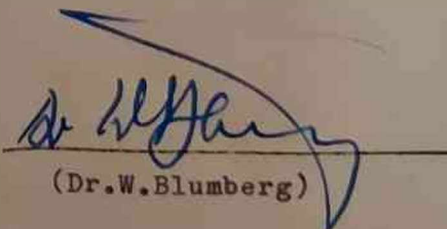
Untervollmacht, mich bei der Protokollierung des  
Vergleichs in Höhe von DM 17.500,--  
wegen Entziehung eines Lifts  
vor der Wiedergutmachungskammer 2 in Hamburg  
- 2 WiK 489/63 (Z 27 709 )

in der beim Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer ,  
anhängigen Rückerstattungssache

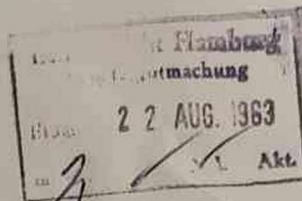
Geschäfts-Nr. 2 WiK 489/63 (Z 27 709)  
zu vertreten.

Hannover , den 14.8.63

United Restitution  
Organization  
Hannover - Klagesmarkt 10/11

  
(Dr. W. Blumberg)

Oberfinanzdirektion Hamburg  
F 597 -UA 1- BV 43/431



72

(24a) Hamburg 13, den 20. Aug. 1963  
Harvestehuder Weg 14  
Postfach  
Tel. 441291 / App. 53  
Büro: Magdalenenstr. 64a+b

An das  
Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer 2

(mit 2 begl. Durchschr.)

H a m b u r g 11  
Zippelhaus 5

In der Rückerstattungssache

2 WiK 489/63  
2 27 709

Hans Freitag und Gertrude  
Freitag geb. Eger Nachlaß  
(URO Hannover)

Deutsches Reich  
(OFD Hamburg)

ist der Antragsgegner in Beachtung der Ausführungen des  
Gerichts vom 2. August 1963 nunmehr bereit, das vorliegende  
Verfahren durch einen Vergleich über DM 17.500,-- abzu-  
schliessen.

Im Auftrag

1 D. am URO  
2 Termin z. Vergleichsprotokoll (Dr. Fischer)  
Antrag zum Dismissal 3.9.63, 10 1/4 mit  
3 OFD benachrichtigen.  
4 z. T.

Dr. Fischer  
Referent  
Ausgestellt am 26. Aug. 1963  
Gelesen am  
Ab z. Zust. formlos  
am 26. Aug. 1963

# Landgericht Hamburg

Wiedergutmachungskammer 2

Hamburg, den 3. September 1963

Geschäfts-Nr.: 2 WiK 489/63

- Z 27709 -

## Öffentliche Sitzung

In der — Rückerstattungs — Sache

Gegenwärtig:

~~1x Landgerichtsdirektor~~

Landgerichtsrat Dahm  
als beauftr. Richter,

~~als Vorsitzender~~

~~2x Landgerichtsrat~~

~~3x Landgerichtsrat~~

~~4x Beisitzer~~

1. Justizangestellte

Röschmann

als Urkundsbeauftragte  
der Geschäftsstelle

1) Walter Freitag

2) Leonore Freitag

beide wohnhaft: 7 Skeridan Chrescent,  
Upper Hutt, Neuseeland

— als Erben nach ihrem Vater Hans Freitag  
und ihrer Mutter Gertrude Freitag geb.  
Eger —

Antragsteller,

Bevollmächtigte: United Restitution Organi-  
zation, Hannover, Klagesmarkt 10/11

Az.: OC/F/12 -  
gegen

das Deutsche Reich,  
gesetzlich vertreten durch den Bundes-  
minister der Finanzen, Verfahrensver-  
treterin Oberfinanzdirektion Hamburg,  
Hamburg 13, Harvestehuder Weg Nr. 14  
- F 597 - UA 1 - BV 43/431 -

erscheinen bei Aufruf:

Antragsgegner,

für Antragsteller u. URO: Justizangestellte  
Mackens mit Untervollmacht vom 14.8.1963  
(Bl. 71 d.A.)

für Antragsgegner: Dr. Fischer.

Die Parteien schließen zur Erledigung des Rechtsstreits den  
in Kurzschrift aufgenommenen, aus der Anlage zum Protokoll  
ersichtlichen

Vergleich,

der vorgelesen und genehmigt wird.

*Dahm*

*Röschmann*

*1. Beisitzer Hermann*  
*2. Beisitzer*

Wiedergutmachungskammer 2

Aktenz.: 2 WiK 489/63

- Z 27709 -

Anlage zum Protokoll

vom 3. September 1963

In der Rückerstattungssache

1) Walter F r e i t a g

2) Leonore F r e i t a g

gegen

Deutsches Reich.

V E R G L E I C H

*Hel. not.*

I. Der Antragsgegner verpflichtet sich,  
an die Antragsteller zur gesamten Hand  
als Schadensersatz für die Entziehung von  
Umzugsgut

17.500.-- DM

(i.W.: Siebzehntausendfünfhundert Deutsche Mark)  
nach Maßgabe des Bundesrückerstattungsgesetzes  
zu zahlen.

II. Kosten der Rechtsverfolgung werden nicht erstattet.

Für die Richtigkeit der Übertragung  
aus dem Stenogramm:

*Röschmann.*

Justizangestellte als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle.